

P R O T O K O L L  
der 399. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 21. Mai 2019
Zeit	19.30 – 21.45 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Kohler Andreas
Mitglieder	Aebersold Jürg, Arn Daniel, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Beck Hanna, Brenni Gino, Brunner Joe, Buff Ronald, Corti Andrea, Grubwinkler Christa, Grütter K. Urs, Häuselmann Bernhard, Hennache Lamya, Herren Jennifer, Jordi Kevin, Klopstein Carole, Lauper Reto, Legler Bettina, Lehni Laura, Mäder Renate, Messerli Patricia, Racine Raphael, Rösli Patrick, Schmid Eva, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schnyder Isabel, Siegenthaler Muinde Gabriele, Slongo-Millioud Anne-Claude, Spycher Christian, Thut Walter, von Gunten Adrian, Weibel Raphael, Zloczower Emanuel
Stimmzählende	Brunner Joe, von Gunten Adrian
Vertreter des Gemeinderats	Hanke Thomas, Gemeindepräsident Pedinelli Stotz Daniela, Vizepräsidentin Bärtschi Markus, Häusermann Martin, Künzi-Egli Barbara, Lack Stephan, Wegmüller Beat
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Zusätzlich anwesend	Rutschi Reto, Finanzverwalter (zu Trakt. 3) Marti Thomas, Leiter Umwelt + Verkehr (zu Trakt. 5)
Entschuldigt abwesend	Bircher Laura, Gubler Matthias, Held Lorenz, Lütolf Roland, Reimers Markus
Protokoll	Bühler Corina, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 11

Traktanden

1.	Protokoll der Sitzung vom 26. März 2019	319
2.	Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2019	319
3.	Jahresrechnung 2018 der Gemeinde Muri bei Bern	319
4.	Legislaturziele 2017 - 2020; Zwischenbilanz per Ende 2018	324
5.	Hindernisfreier Weg durch den Friedhof Muri und Zugang Kirche Muri; Verpflichtungskredit	325
6.	Motion Fraktion FDP Muri-Gümligen: Einführung einer Littering-Melde APP "MURI wi nöi"; Zwischenbericht	327
7.	Motion Grünen-Fraktion betr. Raumpatenschaft	327
8.	Postulat forum betr. Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse	331
9.	Postulat FDP-Fraktion Muri-Gümligen Erarbeitung eines Systems zum quantitativen Vergleich von Leistungen der Gemeinde Muri bei Bern mit denen anderer Gemeinden der Agglomeration Bern (Benchmarking)	335
10.	Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen	338
11.	Neue parlamentarische Vorstösse	339

Der Vorsitzende: Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich begrüsse Sie zur 399. Sitzung des Grossen Gemeinderats. Ebenfalls begrüsse ich die Mitglieder des Gemeinderats, die Bericht-erstatte der Medien und unsere Gäste. Die Sitzung ist eröffnet.

Aus dem Grossen Gemeinderat sind entschuldigt: Matthias Gubler, Roland Lütolf, Markus Reimers und Laura Bircher.

Es sind somit 35 Ratsmitglieder anwesend. Wir sind beschlussfähig. Hier informiere ich Sie, dass Marc Anrig aus familiären Gründen per sofort aus dem Grossen Gemeinderat zurückgetreten ist. An seiner Stelle wird Lorenz Held Einsitz in den Grossen Gemeinderat nehmen. Für die heutige Sitzung ist Lorenz Held noch verhindert. Ich erteile jetzt kurz Emanuel Zloczower betreffend Fraktionspräsidium der FDP das Wort.

Emanuel Zloczower (FDP): Im Namen der Fraktion FDP. Die Liberalen informiere ich, dass das Fraktionspräsidium gewechselt hat. Ich danke Beat Schmitter für seinen Einsatz, den er geleistet hat. Es ist mir eine Ehre, seine Arbeit fortführen zu können und ich freue mich, auf den vermehrten Austausch mit Ihnen allen.

Der Vorsitzende: Aus der Verwaltung sind heute folgende Personen zur Auskunftserteilung anwesend: Reto Rutschi, Finanzverwalter, zu Traktandum 3 und Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, zu Traktandum 5.

Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass Hanna Beck (EVP) ihren Sitzplatz neu auf der gegenüberliegenden Seite des Saals hat.

## **Traktandenliste**

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

### **1. Protokoll der Sitzung vom 26. März 2019**

Eva Schmid (SP): Ich stelle keinen Abänderungsantrag. Mir geht es darum, dass im Saal 30 Gäste anwesend waren, welche nach diversen Voten applaudierten. Dies empfand ich als sehr irritierend. Es gab auch Personen, welche extra ihr Mobiltelefon nicht ausgeschaltet haben. Ich möchte einen Denkanstoss zur Debatte stellen, ob in Zukunft bei Störungen - in welcher Art auch immer - solche Geschehen im Protokoll dokumentiert werden sollten.

Weiter möchte ich zu überlegen geben, ob das Präsidium überhaupt eine Handhabung bei solchen Störungen hat. Könnten Störungen allenfalls unterbunden werden? Als Beispiel kann ich sagen, dass im Bernischen Grossrat keine Störungen – auch nicht Applaus – geduldet werden. Auch der Berner Stadtrat hat in seinem Reglement eine entsprechende Klausel, auch wenn dort der Interpretationsspielraum etwas grösser ist. Dies als Idee für die Zukunft.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum) beantragt folgende Berichtigung:  
Traktandum 3, S. 303, der Beginn ihres Votums: "Die Frage von Huhn und Ei stimmt in diesem Fall **nur beschränkt**. ..."

#### Beschluss

Das Protokoll wird unter Berücksichtigung der obgenannten Berichtigung genehmigt.

### **2. Wahl des Rechnungsprüfungsorgans für 2019**

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

#### Beschluss (einstimmig)

Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2019 wird die Firma BDO AG, Burgdorf, gewählt.

### **3. Jahresrechnung 2018 der Gemeinde Muri bei Bern**

Der Vorsitzende: Zur Auskunftserteilung ist Reto Rutschi, Finanzverwalter, anwesend. Weiter verweise ich auf die Durchführung der Fragestunde vom 14. Mai 2019.

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Christian Spycher: Die GPK ist durch Gemeindepräsident Thomas Hanke und Finanzverwalter Reto Rutschi über die Jahresrechnung 2018 orientiert worden.

Das tolle Ergebnis ist einzig auf Grund der höheren Steuereinnahmen zu Stande gekommen. Sämtliche Budgetposten konnten eingehalten werden.

Im Budget war ursprünglich ein Aufwandüberschuss von CHF 800'000.00 vorgesehen. Nun ist eine Abweichung von CHF 11.5 Mio. gegenüber dem Budget vorhanden. Die nachhaltigen Steuereinnahmen werden vom Finanzverwalter auf ca. CHF 2 Mio. geschätzt. Der Rest ist auf Veranlagungen zurückzuführen. Diese sind nicht planbar. Somit stellt die GPK fest, dass die Zielvorgabe von 3 Steuerzehnteln Eigenkapitalreserve mit aktuellen 7 Steuerzehnteln übertroffen wird und dies in der Budget-Debatte berücksichtigt werden sollte. Das heisst, eine massvolle Steuersenkung kann zur Diskussion stehen.

Die GPK hat sich durch die 104 Seiten der Jahresrechnung gearbeitet und der Finanzverwalter Reto Rutschi hat bei den meisten Fragen auf die Zusammenfassung und Ergänzungen zum Bericht hinweisen können.

Die Frage zum Realisierungsgrad von 69.2 %, sprich - es wurden ca. CHF 2.55 Mio. weniger investiert als budgetiert - wurde wie folgt erklärt: Aufgrund diverser Verschiebungen bei den Investitionen ist diese Summe nicht verwendet worden. Diese wird im Investitionsplans 2019 - 2024 wieder aufgeführt resp. berücksichtigt.

Die Nachkredite bewegen sich in den Normen der letzten drei Jahre und die gute Budgetdisziplin wird weiterhin gelebt.

Abschliessend möchte die GPK die umfassende und detaillierte Jahresrechnung 2018 nach HRM2 mit der Lesehilfe (Entwicklung der letzten 4 Jahre) als übersichtliches Werk, dem Team der Finanzverwaltung und Reto Rutschi, Finanzverwalter, verdanken.

Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen: Genehmigung der Jahresrechnung 2018 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 7'789'343.81 im Gesamthaushalt.

Für den Gemeinderat (GR) spricht Thomas Hanke: Vorab auch von meiner Seite her einen grossen Dank an Reto Rutschi und seinem Team für die Vorbereitung des Geschäfts wie auch für die Durchführung der Info-Fragestunde und die fundierten Mailbeantwortungen.

In Ergänzung zum Votum des GPK-Sprechers wiederhole ich gerne einige Eckzahlen. Damit wir uns etwas unterscheiden, gehe ich auf den gesamten Haushalt und nicht auf den allgemeinen Haushalt ein:

- Die Gemeinde Muri hat einen Umsatz von rund CHF 78 Mio. und es liegt ein Ertragsüberschuss von rund CHF 10.5 Mio. vor.
- Wegen der zwingend vorgeschriebenen Einlage in die finanzpolitische Reserve ergibt sich ein Rechnungsüberschuss von CHF 7.8 Mio.
- Gegenüber dem budgetierten Aufwandüberschuss von rund CHF 1.1. Mio. resultiert eine Besserstellung von rund CHF 11.5 Mio.

Die Hauptgründe für diese Besserstellung sind in den Unterlagen aufgeführt und erläutert:

- Steuermehreinnahmen
- Etwas weniger Personalaufwand
- Etwas weniger FILAG

Positiv dabei ist zu vermerken, dass der Personal- und Sachaufwand - vor allem bei letzterem können wir aktiv das Ergebnis mitsteuern - unter den budgetierten Werten hat abschliessen können.

Auch der erreichte Realisierungsgrad von rund 70 % darf als im Hick bezeichnet werden. Wir geben uns jeweils eine Messlatte, was wir im Folgejahr investieren wollen. Es dauert teilweise etwas länger, bis ein Projekt realisiert werden kann. Ein Beispiel ist die Sanierung des Melchenbühlschulhauses. Als wir dies in die Investitionsplanung aufnahmen, kam die Meldung der Kirchgemeinde, dass sie das Kirchgemeindehaus verkaufen möchte. Dies verschiebt natürlich die Investitionsplanung. Eine geplante Investition hat eine direkte Auswirkung auf den Realisierungsgrad.

Rund CHF 28.2 Mio. liefern wir in die kantonalen Finanz- und Lastenausgleichssysteme ab, was 36 % vom Gesamtertrag und rund 50 % unserer Steuereinnahmen entspricht.

Auch wenn die Grundsätze der kantonalen FILAG-Strukturen unbestritten bleiben, sprechen wir uns dafür aus, dass im Sinne eines Bonus-Malus-Systems auch die "Geber-Gemeinden" eine bessere Anerkennung erhalten.

Der Gemeinderat richtet auch weiterhin ein spezielles Augenmerk auf die Verschuldung der Gemeinde, hat er sich doch in den Legislaturzielen 2017-2020 eine Schuldenobergrenze von maximal CHF 50 Mio. gegeben. Dank dem guten Abschluss und dem gegenüber der Planung nicht voll ausgeschöpften Investitionsvolumen bleiben die festen Schulden auf CHF 40 Mio. Das Fremdkapital konnte um knapp CHF 7 Mio. abgebaut werden. Ich erlaube mir den Hinweis, dass unser Finanzvermögen - auch mit moderater Bewertung der Anlagen - damit immer noch höher ist als das Fremdkapital.

Der Gemeinderat darf feststellen, dass die Finanzen in Muri zurzeit auf einer sehr guten und soliden Basis stehen. Jedoch werden wir auch weiterhin eine sorgsame Finanzpolitik betreiben. Dabei darf - vor allem auch mit Blick auf die anstehenden Steuerreformen auf kantonaler und eidgenössischer Ebene - die Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Nachhaltigkeit nicht vernachlässigt werden. Gleichwohl lassen die präsentierten Zahlen unter den genannten Prämissen die Prüfung einer Senkung der Steueranlage zu. Besten Dank für die Genehmigung der Jahresrechnung!

Fraktionserklärungen:

Jennifer Herren (SVP): Die Zahlen haben wir bereits gehört. Wir von der SVP-Fraktion sind natürlich sehr erfreut über das positive Ergebnis. Wir erwarten jetzt, dass die Steueranlage massvoll gesenkt wird und so ein Teil der von den Steuerpflichtigen angehäuften Ersparnisse an diese zurückgegeben wird. Der Budgetüberschuss und die finanzpolitischen Reserven betragen jetzt rund 7 Steueranlagezehntel. Die Finanzpolitik des Gemeinderats sieht vor, dass der Finanzüberschuss und die finanzpolitischen Reserven zusammen nicht weniger als drei Steueranlagezehntel betragen sollen. Jetzt sind wir bei mehr als dem Doppelten des Zielwerts. Die Reduktion der Steueranlage ist - auch beim Walten der notwendigen Vorsicht - mehr als angezeigt.

Emanuel Zloczower (FDP): Im Namen der Fraktion FDP.Die Liberalen kann ich vorweg nehmen, dass wir die Jahresrechnung mit dem Ertragsüberschuss von CHF 7'789'343.81 genehmigen werden.

Die Fraktion dankt dem Gemeinderat und auch dem Finanzverwalter für den umsichtigen Umgang mit unseren Finanzen und für die übersichtliche Präsentation der Jahresrechnung. Auch wenn der Realisierungsgrad der geplanten Investitionen lediglich 70% beträgt, kann dem Gemeinderat bei denjenigen Ausgaben, die getätigt wurden, für die Budgetdisziplin gratuliert werden. Ich verzichte deshalb darauf, auf die einzelnen Sachgruppen einzugehen und halte mich kurz. Schliessen möchte ich die Fraktionserklärung damit, dass hervorzuheben ist, dass doch immerhin ca. CHF 2 bis 2.4 Mio. des Ertragsüberschusses nachhaltig sein werden.

Deshalb wird sich die Fraktion FDP.Die Liberalen dafür einsetzen, dass die Steuern unter diesen Umständen gesenkt werden können, damit die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde direkt von diesen Mehrerträgen profitieren können.

Carole Klopstein (Grüne): Die Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Jahresrechnung 2018 und nimmt den Ertragsüberschuss von rund CHF 7,8 Mio. gerne zur Kenntnis. Wir möchten trotz diesem guten Abschluss einige kritische Punkte anmerken. Insbesondere werden wir uns gegen eine Steuersenkung aussprechen.

Es ist schön, dass die Gemeinde eine solche Budgetdisziplin zeigt und im Grunde genommen sind Überschüsse auch nichts Schlechtes. Es macht aber den Eindruck, als ob zum Teil künstlich Druck zum Sparen besteht und entsprechend die Mittel trotz Verfügbarkeit nicht ausgeschöpft werden. Wir empfinden das insbesondere hinsichtlich Bildung, Kultur und im Sozialbereich sehr ungünstig und sind der Meinung, dass dort lieber genügend als zu wenige Mittel ausgegeben werden. Wenn wir beispielsweise in der Rechnung sehen, dass CHF 100'000.00 weniger Personalaufwand für Kindertagesstätten ausgewiesen ist, wir aber gleichzeitig mit einem Mangel an KITA-Plätzen zu kämpfen haben, dann finden wir das sehr bedenklich.

Des Weiteren sind wir der Meinung, dass es nicht ein positives Zeichen ist, wenn nicht alle budgetierten Investitionen getätigt werden. Uns ist durchaus klar, dass dahinter auch einmal höhere Gewalt stecken kann, wie es bei der geplanten Schulhaussanierung Melchenbühl der Fall war. Wir fragen uns aber trotzdem, ob diesem "Stau" entgegengewirkt werden kann, wenn beispielsweise die budgetierten Mittel für den Personalaufwand besser ausgeschöpft werden.

Unter dem Strich haben wir gemischte Gefühle, was die Jahresrechnung 2018 anbelangt. Die Grünen sprechen sich eindeutig gegen eine Steuersenkung aus und wünschen sich, dass die Überschüsse für die dringendst notwendigen Sanierungsmassnahmen gemäss Investitionsplan eingesetzt werden. Dann würde vielleicht als zusätzliche Investition doch noch eine Solaranlage auf dem Schulhausdach möglich sein, welche sich wiederum positiv auf die Energierechnung der nächsten 25 Jahre auswirken würde.

Patrick Rösli (forum): Zunächst einen herzlichen Dank an die Finanzverwaltung für die hervorragende Aufbereitung der Rechnungsunterlagen und für die Beantwortung unserer zusätzlichen Fragen zur Rechnung 2018.

Der Antrag des Gemeinderats lautet, die Jahresrechnung 2018 mit einem Ertragsüberschuss von rund CHF 7.8 Mio. im Gesamthaushalt zu genehmigen. Die forum-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen.

In den Unterlagen zum Rechnungsergebnis wird auf Seite 5 festgehalten - ich zitiere: "In Zusammenhang mit der Budgetierung 2020 und in Kenntnis der nachgeführten Finanzplanung muss daher über die Höhe der Steueranlage nachgedacht werden und Senkungen der Ansätze sind zu prüfen."

Das forum verschliesst sich dieser Diskussion nicht. Die verschiedenen Finanzkennzahlen sind sehr gut. Die Finanzverwaltung hat uns informiert, dass von den gesamten Steuereinnahmen über Budget ungefähr CHF 2 Mio. als wiederkehrende Mehreinnahmen betrachtet werden können. Selbstverständlich mit einigen Unwägbarkeiten. Wir können jedoch von CHF 2 – 2.5 Mio. ausgehen.

Uns ist es wichtig, dass eine Diskussion um die Verwendung des Ertragsüberschusses nicht einseitig aus Sicht der Steuerzahlenden geführt wird.

Nehmen wir zum Beispiel die unklaren Verhältnisse bei der künftigen Steuergesetzgebung bei Bund und Kanton. Wir wissen nicht, ob die Gemeinden künftig davon ausgehen müssen, weniger Geld dorthin zu erhalten. Mit der Äufnung unseres Eigenkapitals können wir die kommenden potenziellen Einnahmelücken vorfinanzieren.

Ein zweites Thema ist die Pensionskasse unserer Gemeinde. Dem Rückstellungsspiegel in der Jahresrechnung unter Ziffer 11.4 auf Seite 33 können die Rückstellungen für die Pensionskasse detailliert entnommen werden. Sie betragen heute noch rund CHF 960'000.00. Im Kommentar wird der per 31.12.2017 berechnete Deckungsgrad von 99.4% ausgewiesen. Das Anlagejahr 2017 war ein gutes Anlagejahr. Das Anlagejahr 2018 war ein schlechtes Anlagejahr. Wir kennen die Zahlen zum Deckungsgrad der Pensionskasse per 31.12.2018 noch nicht. Es ist aber davon auszugehen, dass er wieder abgenommen hat. Ich schätze einmal 95%. Die Zahlen hat der Stiftungsrat noch nicht freigegeben.

Somit werden die Rückstellungen für die Pensionskasse im nächsten Jahresabschluss voraussichtlich wieder erhöht werden müssen. Denn bei einer Kassensanierung werden nicht nur die Versicherten, sondern auch wir als Arbeitgeber in die Pflicht genommen. Die Versicherten bezahlen maximal die Hälfte der Sanierungsbeiträge, die andere Hälfte bezahlt die Gemeinde als Arbeitgeberin.

Das dritte Thema wurde bereits von Carole Klopstein angesprochen, der Hochbau in unserer Gemeinde. Wir wissen alle, dass in den kommenden Jahren bei den gemeindeeigenen Liegenschaften grosse Investitionen geplant sind. Es besteht die Möglichkeit, dafür einen Fonds für Hochbauten zu schaffen. Der Gemeinderat und die Finanzkommission sollten sich aus unserer Sicht überlegen, die entsprechenden reglementarischen Grundlage zu schaffen.

Ich fasse zusammen: Wir ersuchen den Gemeinderat, dass er bei einem Steuersenkungsantrag an den Grossen Gemeinderat ein ausgewogenes Massnahmenpaket präsentiert. Er soll neben der Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch

- die möglichen Steuerausfälle bei Bund und Kanton zu Lasten unserer Gemeinde in Betracht ziehen,
- den Deckungsgrad unserer Pensionskasse berücksichtigen und

- die geplanten hohen Investitionen in die gemeindeeigenen Liegenschaften in seine gemeinderätlichen Überlegungen einbeziehen.

Wir brauchen ein Gesamtbild.

Beat Schneider (SP): Auch wir von der SP haben vom positiven Abschluss der Jahresrechnung 2018 Kenntnis genommen. Es ist wohl nicht immer so, dass aus einem budgetierten Defizit von CHF 1 Mio. ein Ertragsüberschuss von ca. CHF 8 Mio. resultiert.

Wo wir weniger Freude hatten, war am Artikel der FDP in den Lokalnachrichten, in welchem steht, dass sie über eine Steuersenkung nachdenken. Kollege Zloczower wird ja schon heute eine Motion zu diesem Thema einreichen.

Die Präsentation der Jahresrechnung und deren Genehmigung ist aus unserer Sicht nicht der Zeitpunkt um über Steuersenkungen zu diskutieren. Solches soll in der Budgetdebatte erfolgen, wenn der Investitions- und Finanzplan und das Budget auf dem Tisch liegen und somit eine sachliche Diskussion möglich ist.

Anlässlich der Fragestunde zur Rechnung haben der Finanzverwalter und der Gemeindepräsident erläutert, dass das Rechnungsergebnis in dieser Form nicht planbar gewesen sei und in dem Sinne auch nicht vollständig nachhaltig sei. Es könnte auch mal eine Schwankung in die andere Richtung erfolgen. Dies ist bei unserer Gemeinde auch schon vorgekommen.

Ich möchte hier dem Parlament noch in Erinnerung rufen, dass es noch gar nicht so lange her ist, als wir in der Gemeinde drauf und dran waren, unser Tafelsilber zu verkaufen. Um nur ein paar Themen zu nennen: Wir wollten das Lehrschwimm-Becken schliessen, Abschaffung der Aufgabenhilfe und die Aufgaben Struktur Prüfung.

Neben der Steuersenkung gibt es auch andere kreative Möglichkeiten, wie man mit diesem Rechnungsüberschuss umgehen könnte. Kollege Rösli hat es bereits erwähnt.

Es gäbe z.B. die Möglichkeit, Heizungen der Gemeindeliegenschaften vollständig auf Biogas umzustellen, dies kostet zwar etwas mehr, wäre jedoch nachhaltiger. Es gibt Projekte mit Velowegen, welche aktuell schlafen. Weiter könnte man sich auch fragen, wie man es schaffen könnte, dass der Realisierungsgrad der geplanten Investitionen erhöht werden könnte. Da bräuchte es wohl eine Erhöhung der Stellenprozente dort, wo die Projekte vorangetrieben werden sollten. In diesem Sinn sind wir gespannt, was die Verwaltung im Rahmen der Budgetdebatte an Kreativität zeigt, wie mit dem Budget umgegangen werden könnte. Uns kommt dieser überhastete Drang, die Steuern zu senken, zum jetzigen Zeitpunkt doch etwas populistisch rüber.

In diesem Sinne werden wir die Rechnung genehmigen. Ich danke für die geleistete saubere Arbeit der Verwaltung.

#### Detailberatung

##### Kapitel 1, Berichterstattung, S. 3-10

Keine Wortmeldungen.

##### Kapitel 2, Eckdaten, S. 11-14

Keine Wortmeldungen.

##### Kapitel 3, Bilanz, S. 15

Keine Wortmeldungen.

##### Kapitel 4, Funktionen, S. 16-22

Keine Wortmeldungen.

##### Kapitel 5, Sachgruppen, S. 23

Keine Wortmeldungen.

##### Kapitel 6, Geldflussrechnung, S. 24

Keine Wortmeldungen.

Kapitel 7, Finanzkennzahlen, S. 25-26  
Keine Wortmeldungen.

Kapitel 9, Bestätigungsbericht, S. 28  
Keine Wortmeldungen.

Kapitel 11, Anhang, S. 30-48  
Keine Wortmeldungen.

Kapitel 12, Details zur Jahresrechnung, S. 49-104  
Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Christian Spycher noch von Thomas Hanke verlangt.

Beschluss (einstimmig)  
Genehmigung der Jahresrechnung 2018 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 7'789'343.81 im Gesamthaushalt.

#### **4. Legislaturziele 2017 - 2020; Zwischenbilanz per Ende 2018**

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Christian Spycher: Die GPK hat an ihrer Sitzung die Legislaturziele 2017 – 2020, die sich in die NE-Bereiche "Umwelt – Wirtschaft – Gesellschaft" einteilen, kritisch hinterfragt. Aus Sicht der GPK ist der Gemeinderat zusammen mit den Kadermitgliedern betreffend dem Erreichungsgrad auf Kurs. Gemäss Controlling-Bericht sind die dunkelgrün gerasterten Ziele erfolgreich abgeschlossen, die hellgrün gerasterten auf Kurs (66 %). Dies entspricht 57,5 % oder einem Wert von 46 Massnahmen.

Die GPK beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig, folgenden Beschluss zu fassen:

Von der Zwischenbilanz der Legislaturziele 2017 – 2020 wird Kenntnis genommen.

Für den Gemeinderat (GR) spricht Thomas Hanke: In Anlehnung an den GPK-Sprecher kann ich Ihnen sagen, dass insgesamt 77 Massnahmen aufgelistet sind. Wenn nach zwei Jahren die Massnahmen überprüft werden, welche zu Beginn der Legislatur definiert wurden, hinterfragt man sich, was man seiner Zeit wirklich gedacht hat. Mit dem Wissensstand von heute, würden manche Ziele wohl etwas anders formuliert werden. Bei 11 Zielen sind wir noch in den Startlöchern. 66 der 77 Ziele sind in Bearbeitung. Wir betrachten uns auf Kurs. Der Farbcode entspricht genau dem Stand vom 31.12.2018. Der Kommentar dazu ist im Jahr 2019 entstanden. Somit sind bei manchen Zielen die Kommentare nicht ganz dem Farbcode entsprechend.

Fraktionserklärungen:

Carole Klopstein (Grüne): Wir danken dem Gemeinderat für den Zwischenbericht der Legislaturziele und sind grundsätzlich sehr zufrieden mit dem aktuellen Umsetzungsstand. Eine Anregung für die weitere Planung können wir uns aber trotzdem nicht verkneifen. Wir vermissen in der aktuellen Legislaturplanung im Bereich der Umwelt griffige Massnahmen zur Erhaltung der Artenvielfalt sowie zur Reduktion der fossilen Energieträger. Dies sollte für die nächste Legislaturplanung etwas mehr gewichtet werden. Hier darf nicht nur bei den gemeindeeigenen Liegenschaften oder beim eigenen Personal angesetzt werden. Es soll auch die Bevölkerung animiert werden.



Ansonsten sehen wir die Legislaturziele auf gutem Weg und freuen uns darauf, wenn auch die Punkte mit den gelben und grauen Felder langsam grün werden.

Eva Schmid (SP): Ich kann es kurz machen. Die SP-Fraktion wird vom Stand der Legislaturplanung 2017–2020 ohne Wenn und Aber Kenntnis nehmen.

Wir danken dem Gemeinderat für diese Zusammenstellung. Das Controlling in dieser Form gibt doch einen, auch visuell, guten Überblick. Wir stellen fest, dass es Geschäfte gibt, die mit dem Status „Umsetzung begonnen, Schwierigkeiten“ versehen sind. Uns scheint, es seien fast ausnahmslos äussere Faktoren, die dazu geführt haben. Stichwort: Sicherung der Wegverbindung Wehrliau-Muribad.

Erfreulich ist nebst dem guten Umsetzungsstand, dass keines der Geschäfte rot ist. Das klingt zwar aus meinem Mund paradox!

#### Detailberatung

##### Seite 1, Legislaturziele 1 – 10

Keine Wortmeldungen.

##### Seite 2, Legislaturziele 10 – 15

Keine Wortmeldungen.

##### Seite 3, Legislaturziele 15 – 21

Keine Wortmeldungen.

##### Seite 4, Legislaturziele 22 – 30

Keine Wortmeldungen.

##### Seite 5, Legislaturziele 31 – 41

Keine Wortmeldungen.

##### Seite 6, Legislaturziel 41

Keine Wortmeldungen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Christian Spycher noch von Thomas Hanke verlangt.

Der Rat nimmt von der Zwischenbilanz der Legislaturziele 2017 - 2020 Kenntnis.

## **5. Hindernisfreier Weg durch den Friedhof Muri und Zugang Kirche Muri; Verpflichtungskredit**

Der Vorsitzende: Zur Auskunftserteilung ist Thomas Marti, Leiter Umwelt + Verkehr, anwesend.

Für die Geschäftsprüfungskommission (GPK) spricht Emanuel Zloczower: Die GPK hat das Geschäft geprüft und beantragt dem Grossen Gemeinderat einstimmig die Annahme des Beschlusses zur Verschiebung der Schloss- und Kirchmauer mit neuer Wegverbindung zur Kirche und zur Genehmigung des dafür benötigten Verpflichtungskredites in der Höhe von CHF 360'000.00 inkl. MWST. Das Gesamtprojekt beträgt CHF 650'000.00 wovon sich die Gemeinde Muri-Gümligen verpflichtet hat, die erwähnten CHF 360'000.00 zu übernehmen, wenn wir dem Kredit heute zustimmen. Den restlichen Betrag von CHF 290'000.00 wird die Kirchgemeinde übernehmen.

Der Kostenteiler zwischen den Beteiligten ergibt sich aufgrund der Funktionalität. Die Einzelheiten sind auf Seite 3 des Beschlusses transparent dargelegt. Zu erwähnen ist allenfalls, dass der Strassenperimeter durch dieses Projekt nicht betroffen ist. Das Projekt betrifft lediglich den Raum zur Kirche auf der Nordseite der Thunstrasse.

Für den Gemeinderat (GR) spricht Daniela Pedinelli: Vor nicht allzu langer Zeit, nämlich am 19. Februar 2019, haben Sie für die Verschiebung der Schloss- und Kirchenmauer mit neuer Wegverbindung zur Kirche einen Verpflichtungskredit von CHF 785'000.00 bewilligt. Markus Bärtschi hat als zuständiger Gemeinderat bei diesem Geschäft betont, dass im Investitionsplan ein Betrag von CHF 870'000.00 eingestellt worden sei und der nicht beanspruchte Teil auf das Anschlussprojekt "Neugestaltung Umgebung Kirche" entfalle, welches ohne Beteiligung des Kantons zusammen mit der Kirchgemeinde vorangetrieben werde. Er hat in diesem Rahmen ausgeführt, dass das Projekt die Wege des Friedhofs, den Zugang zur Kirche und den gemäss Kantonsprojekt noch mit Stufen geplanten Weg entlang der Oberkante der Mauer umfasst. In seiner Weisheit hat er vorausgesehen, dass dieses Projekt in einem Kreditantrag münden wird, welcher in die Zuständigkeit des Grossen Gemeinderats fällt. Da das Ressort "Umweltschutz, Energie" auch den Friedhof umfasst, ist die Zuständigkeit für die Beantragung dieses heutigen Verpflichtungskredites nun auf mich gefallen. Aber der Weg ist hier das Ziel und nicht die Zuständigkeit. Dem Antrag des GR können Sie entnehmen, dass im Investitionsplan die Kosten unter zwei verschiedenen Positionen geführt werden: "Friedhof Muri, hindernisfreie Durchwegung" einerseits, und "Verschiebung Kirchenmauer, Teil Stützmauer" andererseits. Den Begriff "Durchwegung" hatte ich übrigens bis anhin noch nie gehört und ich würde den Begriff glatt zum Begriff des Jahres erküren. Das Geschäft ist sehr erfreulich. Die Neugestaltung der Nordwestseite der Kirche mit einer Piazza und der Ausbau des südöstlichen Zugangs zur Kirche zum hindernisfreien Zugang sowie der hindernisfreie Ausbau des Hauptwegnetzes durch den Friedhof überzeugen - soweit ich weiss - alle. Im Baubewilligungsverfahren wurden auch keine Einsprachen eingereicht. Wir danken der Kirchgemeinde für ihr umsichtiges Vorantreiben dieses wichtigen Projektes und halten den vereinbarten Kostenteiler für gerechtfertigt. Ich beantrage Ihnen daher im Namen des GR die Bewilligung des Verpflichtungskredits von CHF 360'000.00.

Fraktionserklärungen:

Beat Schmitter (FDP): Was lange währt wird endlich gut. Es ist eine uralte lange Geschichte, welche jetzt endlich zu einem Ende geführt werden kann. Die FDP-Fraktion hat das Projekt für diesen hindernisfreien Weg durch den Friedhof Muri und den Zugang zur Kirche überprüft und ist zufrieden, dass dieses Vorhaben nach einer doch langen Zeit nun umgesetzt werden kann, und sich alle beteiligten Parteien irgendwo einigen konnten. Wir denken, dass all unsere älteren Gemeindebewohner bei einem Friedhofbesuch von den geplanten Verbesserungen profitieren können. In diesem Sinne stimmen wir dem Antrag des Gemeinderats zu.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Das Schlusswort wird weder von Emanuel Zloczower noch von Daniela Pedinelli verlangt.

Der Vorsitzende: Wir kommen zur Abstimmung. Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass es für dieses Traktandum gemäss Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeordnung die Zustimmung der Mehrheit von allen Ratsmitgliedern bedarf.

Beschluss (einstimmig)

Für die Verschiebung der Schloss- und Kirchenmauer mit neuer Wegverbindung zur Kirche wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 360'000.00 inkl. MWST gesprochen.

**6. Motion Fraktion FDP Muri-Gümligen: Einführung einer Littering-Melde APP "MURI wi nöi"; Zwischenbericht**

Daniela Pedinelli verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf eine Wortmeldung.

Beat Schmitter verzichtet als Erstunterzeichner des Postulats auf eine Wortmeldung.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Der Rat nimmt vom Zwischenbericht Kenntnis.

**7. Motion Grünen-Fraktion betr. Raumpatenschaft**

Für den Gemeinderat (GR) spricht Daniela Pedinelli: Es mag vielleicht kleinlich erscheinen, dass der Gemeinderat diesen gut gemeinten und auf alle Fälle sehr sympathischen Vorstoss nicht zur Annahme empfiehlt. Aber selbst die ETH-Studie, welche in der Motion genannt wird, hält fest, dass durch Raumpatenschaften rein wissenschaftlich gesehen keine signifikanten Verbesserungen in Sachen "Sauberkeit" beziehungsweise "Verminderung von Littering" nachgewiesen werden konnten. Dies heisst natürlich nicht, dass Raumpatenschaften nicht wertvoll sind. Diese Studie macht zudem deutlich, dass das aktive Akquirieren und Koordinieren von Raumpatinnen und Raumpaten durch die Gemeinde einen beträchtlichen administrativen Aufwand mit sich führt, weil unter anderem Anreize für die Übernahme von Raumpatenschaften geschaffen werden müssen. Dies empfiehlt die Studie sogar. Von Raumpatinnen und Raumpaten wird berechtigterweise eine hohe Wertschätzung gewünscht, welche sich zum Beispiel in der Organisation von Helfer/innen-Festen oder Aktionstagen äussern kann. Die Umweltsachstelle der Bauverwaltung ist mit ihren Ressourcen für hoheitliche Aufgaben schon heute mehr als ausgelastet und der Gemeinderat sieht ohne Stellenaufstockungen keine Möglichkeit, der Fachstelle diese Aufgabe auch noch aufzubürden. Einer Stellenaufstockung steht er andererseits kritisch gegenüber, weil der Nachweis signifikanter Erfolge nicht erbracht werden kann. Aber der Gemeinderat steht Raumpatenschaften positiv gegenüber und ist gerne bereit, im Rahmen des finanziell und personell Möglichen jeweils Unterstützung anzubieten, wenn sich Privatpersonen für Raumpatenschaften engagieren möchten. Ähnlich verlief es zum Beispiel auch im Jahr 2018 bei der ersten offiziellen Raumpatenschaft im Kanton Bern, in Zollikofen. Die Raumpatenschaft basierte dort auf der Eigeninitiative eines Bürgers und er wurde von der Gemeinde unterstützt. Es gibt dazu einen BZ-Artikel vom 11. März 2019.

Dazu sind wir sehr gerne bereit und sprechen uns lediglich gegen eine strukturell verankerte zusätzliche Aufgabe der Gemeinde aus, nicht aber gegen Raumpatenschaften an sich. Raumpatenschaften finden wir toll und stehen ihnen sehr positiv gegenüber.

Für die Grünen spricht Gino Brenni: Im Namen der Grünen-Fraktion danke ich dem Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme und die darin bereits im ersten Paragraph ausgedrückte Begeisterung für die Idee der Raumpatenschaft. Als Motionär finde ich es natürlich bedauerlich, dass diese Begeisterung sich nicht in der Bereitschaft, eine Raumpatenschaft zu übernehmen, niederschlägt.

Um es vorweg zu nehmen: Wir möchten keinesfalls, dass die Gemeinde ihre Fachstellen oder Fachpersonal streicht. Wir möchten, dass die Gemeinde mit hilfsbereiten Bürgern zusammenarbeitet. Wie bereits von Daniela Pedinelli erwähnt, funktioniert es in Zollikofen jedenfalls bestens. Die Gemeinde hat dadurch auch nicht einen riesigen Mehraufwand. Ich bin sicher, es gäbe eine einfache Lösung, um sowohl Kosten wie Aufwände auf ein Minimum zu reduzieren, bzw. ohne zusätzliche Kosten die geforderte Raumpatenschaft zu organisieren. Beispielsweise:

- Die Gemeinde nutzt die vorhandene Organisationsstruktur und setzt den Werkhof und/oder Bigler Transporte als Raumpaten ein. Arbeitsabläufe und Organisation ändern sich dadurch nicht. Es wäre eine andere öffentliche Wirkung.
- Weitere Raumpaten - so viele werden es wohl zu Beginn nicht sein - melden sich über vorhandene Kanäle bei der Gemeinde, bzw. über die Seite [www.igsu.ch/raumpatenschaften](http://www.igsu.ch/raumpatenschaften).
- Ich stehe der Gemeinde allenfalls persönlich und ehrenamtlich als Organisator der Freiwilligenarbeit zur Verfügung, wenn die Gemeinde das Gefühl hat, dass es wirklich so viel Aufwand bedeutet. Es wäre einfach wichtig, dass die Gemeinde als Raumpatenschafts-Organisatorin im Namen steht und nicht ich oder sonst jemand. Es ist ein gutes Zeichen, wenn im Namen die Gemeinde steht. Die Signalwirkung mit der Gemeinde im Namen, auch wenn sie den Aufwand für sich zurücknimmt, empfinde ich als wichtig.
- In der geplanten Melde-App "Muri wi NÖI" wird man, sofern man einen Littering-Fall meldet, gleich auf die Raumpatenschaft am Aareufer hingewiesen. Dies damit man aus der App heraus gleich Pate werden kann, anstatt den Fall dem Werkhof zu überlassen.

Etwas mehr Kreativität und Phantasie hätte ich mir gewünscht. Manchmal ist die Suche nach Gegenargumenten vielleicht etwas einfacher, als sich auf die Möglichkeiten einzustellen. Mich würde es beispielsweise sehr interessieren, ob der Gemeinderat mit der IGSU in Kontakt getreten ist, um die gemeindeeigene Situation bei einer Übernahme einer Patenschaft zu besprechen und um eine Beratung zu erhalten. Z.B. im Zusammenhang mit dem sehr attraktiven Naherholungs- und Auengebiet von nationaler Bedeutung, der sehr guten vorhandenen Infrastruktur, der Gemeindebetriebe und der Trinkwasserschutzzone, usw. Ist dies vorgängig geschehen? Wenn ja, was war die Erkenntnis? Wenn nein, warum nicht?

#### Fraktionserklärungen:

Raphael Racine (SP): Die SP-Fraktion ist gegen die Abweisung der Motion. Die Antwort des Gemeinderats mag uns nicht wirklich zu überzeugen. Es war eine sehr ökonomische Antwort. Ich hätte mir persönlich eine etwas romantischere Antwort gewünscht. Mit romantisch meine ich, dass es doch sehr romantisch ist, dass es Personen gibt, welche mit Herzblut zum eigenen Wohnraum Sorge tragen. Das hat doch etwas Romantisches. Für den Gemeinderat hingegen ist es ein ökonomisches Nullsummenspiel. Einsparungen bei den Fachpersonen/Hilfsmittel würden durch den Koordinationsaufwand wieder weggefressen. Die Gemeinde hätte im Übrigen – wie bereits durch Daniela Pedinelli angesprochen – keine Personalressourcen, um eine Raumpatenschaft zu übernehmen. Die Gemeinde Zollikofen hat zwei Raumpatenschaften. Sie steht auch mit ihrem Namen dahinter. Ich habe in Zollikofen angerufen und gefragt, was das genau von den Ressourcen her bedeutet und wie die Erfahrungen sind. Die verantwortliche Person von Zollikofen sagte mir Folgendes:

- Die Erfahrung mit Raumpatenschaften ist sehr positiv.
- Die Grösse der Raumpatenschaft kann selber definiert werden. Man kann eine Raumpatenschaft zu Beginn sehr kleinräumig definieren. Vielleicht zum Beispiel beim Aareweg, bei einzelnen Fussballstadien oder bei einem Spielplatz. Wir müssen nicht das ganze Gemeindegebiet als Raumpatenschaft verstehen. Dann wäre der Aufwand sehr gross.
- Die Person von Zollikofen sagte, dass der Ressourcen-Aufwand – und dies ist für mich entscheidend – seitens der Gemeinde zu Null tendierte. Dank motivierten Einzelpersonen sei dies in Zollikofen praktisch ein Selbstläufer.

Ich denke deshalb, dass eine Raumpatenschaft weniger teuer wird als beispielsweise die Littering-App der FDP, die als Pilotprojekt allein schon CHF 6'000.00 kostet. Nebst allen ökonomischen Erwägungen, es geht hier nicht nur um Ökonomie. Es geht darum, die Bevölkerung für das Thema Littering zu sensibilisieren. Die Raumpatenschaft

fördert diese Sensibilisierung. Sie fördert die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit dem öffentlichen Raum und das Zusammengehörigkeitsgefühl. Diese Faktoren zusammengenommen werden mit grosser Wahrscheinlichkeit dazu führen, dass wir mehr Sorge zum Raum tragen. Beispielsweise hat es bei den Fussballstadien viel Littering. Vielleicht könnte man den Fussballclub überzeugen, bei einer Raumpatenschaft mitzumachen. Aus diesen Gründen befürworten wir von der SP-Fraktion dezidiert, dass die Gemeinde eine Patenschaft übernimmt. Damit garantieren wir zumindest die Realisierung eines Projekts. Die SP-Fraktion ist deshalb geschlossen gegen die Abweisung der Motion.

Andrea Corti (FDP): Der Grundgedanke, welcher hinter dieser Motion steckt, ist sinnvoll und grundsätzlich unterstützungswürdig, aber leider nicht in der vorliegenden Form und zwar aus folgenden Gründen. So wie die Motion in Ziffer 1 formuliert wurde, muss die Gemeinde Zonen für Raumpatenschaften definieren und übernehmen. Dies würde bedeuten, dass die Gemeinde diese Raumpatenschaften bewirtschaften müsste, was zur Folge hätte, dass hierfür zusätzliche Stellenprozentage geschaffen werden müssten. Über die dadurch entstehenden Mehrkosten und den dadurch entstehenden Mehraufwand schweigt sich die Motion aus und es wäre nicht einmal möglich, beides im Rahmen eines Pilotprojektes abzuklären.

So wie die Motion in Ziffer 2 formuliert wurde, muss die Gemeinde Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Vereine und Unternehmen der Gemeinde dazu motivieren, Patinnen und Paten dieser Raumpatenschaft zu werden. Wiederum hätte dies zusätzliche Stellenprozentage, Mehrkosten und Mehraufwand zur Folge. Wäre es nicht möglich, dies im Rahmen eines Pilotprojektes abzuklären? Ferner schweigt sich die Motion völlig darüber aus, wie denn die Gemeinde motivieren soll.

Die Motionäre halten selber fest, dass es eindeutige Befunde gibt, dass das Ignorieren von Regeln und Normen zu einem überproportionalen Anstieg von Regelverstössen führt. Das heisst eben nichts anderes, als dass Leute, die litteren wollen, das eben bisher getan haben und auch künftig tun werden, unabhängig davon, ob es Raumpatenschaften gibt oder nicht. Das haben auch psychologisch-soziale Studien bestätigt, wonach es für den vorsätzlichen Litterer – aus der Gemeinde und auch von ausserhalb der Gemeinde – keinen Hinderungs-Grund gibt, dies nicht zu tun. Diejenigen Leute, welche bei den Raumpatenschaften mitmachen würden, wären "nur" Gemeindebewohner und "nur" diejenigen, welche schon vorher selber nicht gelittert haben. Somit würden damit die Motivierten den unverbesserlichen litternden Personen dauernd hinterher aufräumen, was früher oder später zur Demotivation führen muss.

Bereits heute finden ehrenamtliche Einsätze von Vereinen, Unternehmen, Schulklassen und Privatpersonen statt, um auf unserem Gemeindegebiet an gewissen Orten Abfall einzusammeln. Dies ist vorbildlich und wir danken an dieser Stelle all den ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern! Aber selbst dieser lobenswerte Einsatz verhindert Littering in unserer Gemeinde leider nicht. Ferner ist unsere Gemeinde in der Antilittering-Sensibilisierung bereits aktiv, wie der Antwort zur Motion zu entnehmen ist.

Die Abfallentsorgung ist eine Aufgabe der Gemeinde und aufgrund der vorstehenden Ausführungen, muss die Gemeinde wohl oder übel auch weiterhin Littering beseitigen. In dieser Hinsicht bietet das auf einer Motion der FDP-Fraktion Muri-Gümligen angestossene Littering-Melde-App Unterstützung für die Gemeinde. Bereits bisher erfolgte Litteringmeldungen werden gebündelt und können effizient verarbeitet werden. Der Meldeaufwand ist sehr niederschwellig. Littering kann effizient beseitigt werden.

Ferner ist das auf einer Motion der FDP-Fraktion Muri-Gümligen angestossene Littering-Melde-App nicht als verpflichtender Umsetzungsauftrag an die Gemeinde formuliert. Sondern als Pilotprojekt, womit dann eben nach Abschluss der Pilotphase Fakten auf dem Tisch liegen, wie zum Beispiel betreffend Effizienz, allfälligen Kosten, Kosten-Nutzen-Verhältnis, um dann seriös über eine Einführung oder Nichteinführung beschliessen zu können.

Aufgrund der vorgenannten Überlegungen beantragt die FDP-Fraktion die Abweisung der Motion der Grünen-Fraktion betr. Raumpatenschaft.

Weitere Wortmeldungen:

Gino Brenni (Grüne): Vielen Dank für die Gegenargumente, welche mich leider nicht wirklich überzeugen. Seitens der FDP war es zu Beginn etwas eine Paragrafenreiterei. Ich weiss auch nicht, warum jede Motion resp. jeder Auftrag an den Gemeinderat zuerst mit einem Pilotprojekt auf seine Tauglichkeit geprüft werden muss.

Ich finde dies einen gangbaren Weg, wie man auch in anderen Gemeinden sieht und zwar ohne grosse Mehrkosten. Im vollen Wissen, dass die Leute natürlich weiterhin Sachen wegwerfen werden und dass die Unverbesserlichen nicht verbessert werden können. Dies ist - glaube ich - allen klar. Ich denke jedoch, dass es ein Beitrag für diejenigen ist, welche sich wirklich daran stören. Es sollen nicht nur Litteringvorfälle via App weitergeleitet werden können, toll ein Anderer macht es, sondern die Eigenverantwortung, welche die FDP immer so hoch schreibt, soll gefördert werden. Es wäre doch gut, wenn die Leute wissen, dass sie sich irgendwo einer Gruppe anschliessen können und mit anderen Personen mit Abfallsack und Zange – welche von der IGSU bereitgestellt werden – unterwegs sein können, und versuchen das Problem selber einzudämmen. Das beisst sich nicht gross.

Reto Lauper (SVP): Das Konzept der Raumpatenschaften empfinde ich persönlich als eine gute Sache. Hier im Raum haben wir drei Sachen. Gino Brenni sagt, er mache es auch auf private Initiative. Es kommt aus der Feder der Grünen. Sprich, falls die Gemeinde sagt, dass sie es auf Grund zu hoher administrativer Aufwendungen nicht selber macht, dann mach es selber. Dies finde ich gut, wenn Gino Brenni das so sagt. Gleichzeitig haben wir die zuständige Ressortvorsteherin welche sagt, wenn Hilfe benötigt wird, hilft der Gemeinderat. Wir haben auch den aktuell von der Gemeinde beauftragten Abfuhrverantwortlichen hier (nämlich mich), welcher vor zwei Wochen geschrieben hat, dass er auch hilft, wenn irgendwie möglich. Ich denke, die Voraussetzungen sind gegeben. Somit beginnen wir doch mit dieser Raumpatenschaft auf Initiative der Grünen. Ich habe das Gefühl, dass dies gut kommt.

Christa Grubwinkler (FDP): Ich muss jetzt trotzdem noch etwas sagen, und zwar zur Aussage, dass die FDP die Eigenverantwortung abschiebt. Ich gehe täglich mit unserem Hund spazieren. Für mich ist es selbstverständlich, dass ich etwas was rumliegt auflese und entsorge. Ich als Gemeindegängerin bin der Meinung, dass es allen gut tut, wenn man etwas aufliegt. Darum appelliere ich an die Eigenverantwortung. Es ist von uns keinesfalls die Meinung, alles an den Werkhof abzuschieben oder an andere. Wir haben darüber lange diskutiert und alle von uns, resp. viele mit ihren Hunden leisten einen grossen Beitrag dazu, damit an der Aare nicht ein zu grosses Chaos ist.

Carole Klopstein (Grüne): Ich muss Andrea Corti als Sozialwissenschaftlerin widersprechen. Der Abschnitt betr. Spreading of Disorder kam von mir. Es gibt eindeutige Befunde, dass dort wo viel Dreck rumliegt die Chance extrem viel höher ist, dass noch mehr Dreck in naher Zukunft rumliegen wird. Es gibt ganz eindeutige Befunde, dass Regelbrüche konzentriert zu noch mehr Regelbrüchen führen. Dass dies nur auf Grund einer Handvoll unbelehrbarer Personen passiert, bezweifle ich. Es gibt immer eine soziale Reaktion resp. gewisse Dynamiken, welche an gewissen Orten erkennt oder eben nicht erkennt werden können.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Daniela Pedinelli ergänzt als Schlusswort des Gemeinderats: Ich möchte die seitens von Gino Brenni gestellte Frage, ob der Gemeinderat mit der IGSU in Kontakt getreten ist, beantworten. Ich kann sagen, dass wir keinen telefonischen Kontakt zur IGSU hatten. Natürlich spielt es eine Rolle, was unter Kontakt verstanden wird. Selbstverständlich konsultierten wir die Website und die ETH-Studie. Telefonischen Kontakt hatten wir jedoch keinen. Zudem möchte ich gerne auf das Angebot von Gino Brenni

zurückkommen. Wir danken Gino Brenni dafür vielmals. Wenn die Gemeinde keine Privaten suchen muss, sondern wenn das Angebot besteht, unterstützen wir dies natürlich. Gino Brenni kann sich gerne an die Fachstelle Umwelt, Gabrielle Siegrist, wenden. Ich bin sicher, dass das gut kommen wird.

Gino Brenni (Grüne) ergänzt als Schlusswort: Ich möchte Daniela Pedinelli danken. Auf Grund der stattgefundenen Diskussion schaue ich, wie die Abstimmung ausgeht und werde mich allenfalls gerne bei Frau Siegrist melden.

Beschluss (21 Ja / 14 Nein)

Abweisung der Motion der Grünen-Fraktion betr. Raumpatenschaft.

## 8. **Postulat forum betr. Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse**

Für den Gemeinderat (GR) spricht Martin Häusermann: Ich möchte die Antwort vom GR noch mit folgender Information ergänzen, welche Sie vermutlich bereits der Presse entnommen haben. Das Sozialamt der Gesundheits- und Fürsorgedirektion hat Ende April den Zuschlag für die regionalen Partner erteilt. Für die Region "Bern Stadt und Umgebung" zu welcher Muri gehört, verbleibt die Verantwortung beim Kompetenzzentrum für Integration der Stadt Bern. Wir werden also zukünftig denselben Vertragspartner haben. Eine Änderung wird es im operativen Betrieb der Kollektivunterkünfte geben. Neu wird die Heilsarmee Flüchtlingshilfe als Unterakkordantin der Stadt Bern verantwortlich sein. Die Umsetzung ist per Mitte 2020 geplant und soll zu einer Intensivierung der Arbeitsintegration führen.

Bei Überweisung des Postulats werden wir wie angekündigt bezüglich der Asylunterkünfte Egghölzli und Moosstrasse das Bedürfnis und die Rahmenbedingungen mit dem regionalen Partner abklären und die weiteren Schritte einleiten.

Für das forum spricht Anne-Claude Slongo: Für den Empfang des Postulats und die Bearbeitung der Antwort möchten wir uns bedanken.

Nach wie vor gibt es Menschen, die aus verschiedenen Gründen ihre Heimat verlassen müssen. Einige von diesen Migranten befinden sich zurzeit im Tannental, an der Moosstrasse oder am Egghölzliweg.

Zurzeit erleben wir grosse Klima- und Umweltveränderungen. Das beschäftigt uns alle. Schauen Sie einmal den Wasserstand in der Aare. Das beschäftigt uns alle, auch wenn wir grosse Autos fahren und grösste Mühe haben, unseren Verbrauch und unser Verhalten in der Konsumgesellschaft zu hinterfragen oder zu ändern.

Die wichtigsten Massnahmen gegen die Klimaerwärmung in der Schweiz sind das thermische Isolieren unserer Gebäude und die Sanierung der Heizungen. Die Unterkünfte im Moos und Egghölzli sind wegen ihrem Alter und der schlechten Isolation grosse Energieschleudern. Sanierungsmassnahmen müssen dringend an die Hand genommen werden. Auch wenn der Asylbereich im Kanton Bern ständig in Umstrukturierung ist und auch wenn im Moment die "helvetische Festung" gut funktioniert und weniger Asylbewerber unser Land erreichen. Tatsächlich sind solche Standorte im Kanton Bern immer gesucht. Zum einen liegen sie in der Nähe zum ÖV, was für die Bewohner - die mit circa CHF 10.00 pro Tag auskommen müssen - extrem wichtig ist. Dadurch können sie beispielsweise Deutschkurse oder Arbeitsintegrationsprogramme besuchen.

Zum anderen könnten sie eventuell von anderen bedürftigen Leuten benutzt werden. Damit spreche ich die Nachhaltigkeit der Nutzung an, wenn zum Beispiel die Unterkünfte einmal nicht mehr für Migranten genutzt werden sollten. Mit dem Verkauf der Parzelle Lischenmoos und der Aufhebung der Liegenschaft für die Jugendarbeit verzichtet zum Beispiel die Gemeinde auf zwei Notwohnungen.

Eine rasche Renovation oder der Ersatz der beiden Gebäude im Moos und Egghölzli ist energetisch, humanistisch und ästhetisch ein "Muss". Finanziell ist es für unsere Gemeinde sicher keine falsche Investition, könnten wir doch die Energiekosten im Betrieb für diese Gebäude massiv senken. Auf diese Fragen geht Ihre Antwort auf das Postulat zu wenig ein.

Mit dem Antrag des Gemeinderats sind wir aber natürlich einverstanden und werden die Überweisung des Postulats unterstützen.

#### Fraktionserklärungen:

Raphael Weibel (FDP): Die FDP-Fraktion beantragt, das Postulat forum betreffend Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse abzulehnen.

Folgende Vorbemerkung ist uns wichtig: Die FDP-Fraktion anerkennt die Verpflichtungen unserer Gemeinde im Asylbereich vollumfänglich. Sie trägt alle notwendigen Massnahmen für die Umsetzung dieser Gemeindeaufgabe mit - aus Überzeugung und Respekt. Die Ablehnung bezieht sich einzig auf den Inhalt des Postulats. Um "was" geht es beim Postulat? Die Postulanten bitten den Gemeinderat zu prüfen, welche Optionen es für eine Aufwertung der Asylunterkünfte an der Moosstrasse und im Egghölzli gibt. Mit "Optionen für eine Aufwertung" meinen sie explizit Sanierung oder Ersatz der Bauten. Der Gemeinderat soll dann die mit einer Sanierung oder dem Ersatz der Bauten verbundenen finanziellen Implikationen aufzeigen.

Dann soll er auch noch gleich die Sinnfrage beantworten, nämlich ob eine Aufwertung sinnvoll oder allenfalls doch vielmehr nicht sinnvoll wäre. Höflich, aber doch reichlich kompliziert formuliert. Etwas einfacher: Der Gemeinderat soll prüfen, ob die Asylunterkünfte Moosstrasse und Egghölzli saniert oder abgerissen und neu gebaut werden sollen, was das kosten würde und dann darf der Gemeinderat auch gleich noch sagen, ob er das Ganze für sinnvoll hält.

Als einziger Beweggrund für das Postulat weisen die Postulanten auf Alterserscheinungen der Bauten hin. Die Bauten seien optisch nicht ansprechend und böten wenig Lebensqualität. Zudem seien sie energietechnisch nicht auf dem neusten Stand. Erlauben Sie mir die Zwischenbemerkung, wie viele Bauten in unserer Gemeinde weisen Alterserscheinungen auf und sind vielleicht optisch nicht ansprechend oder energietechnisch nicht auf dem neusten Stand? Voraussichtlich ziemlich viele. Konkrete Mängel an den beiden Gebäuden oder ein Verweis auf veränderte Vorgaben seitens des Kantons betreffend die Asylunterkünfte führen die Postulanten keine auf. Ebenso wenig verwiesen sie auf ein Ereignis oder eine Situation, welche darauf schliessen lässt, dass die beiden Asylunterkünfte heute nur noch bedingt tauglich wären. Warum machen sie dies nicht? Weil es auch nichts gibt, ausser den erwähnten Alterserscheinungen der Bauten. Ich weiss nicht, ob sich die Postulanten bewusst sind, was sie mit ihrem Postulat für einen Arbeitsaufwand auslösen. Für zwei grössere Gebäude je Varianten "Sanieren" oder "Neubauen" seriös zu erarbeiten, das lässt sich nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln.

Zudem – und das sollte den Postulanten eigentlich bekannt sein – führt der Kanton die Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereichs durch.

Der Regierungsrat hat anfangs Februar zwei diesbezügliche Gesetze zu Händen des Grossen Rats verabschiedet. Der Grosse Rat wird die Vorlagen in der Sommersession 2019 in einer 1. Lesung beraten. Ob und wie sich daraus Änderungen und Konsequenzen für unsere Gemeinde ergeben, wissen wir heute nicht. Wir wissen, dass die Vereinbarung mit der Stadt Bern grundsätzlich weiterhin in Kraft bleiben kann. Wir wissen jedoch nicht genau, ob der Besteller gewisse Änderungen hat. Nichts wissen ist keine taugliche Grundlage für die seriöse Erarbeitung von Bauprojekten. Ganz besonders – und das sei in aller Deutlichkeit gesagt – wenn als Beweggrund einzig auf Alterserscheinungen verwiesen wird, die Bauten aber ihren Zweck heute vollumfänglich und klaglos erfüllen. Unsere Gemeindeverwaltung leistet ihre Arbeit pflichtbewusst und aufmerksam. Im Rahmen ihres Pflichtenhefts obliegt es ihr als ständige Aufgabe, die gemeindeeigenen Liegenschaften in einem zweckmässigen und tauglichen Zustand zu



erhalten. Das Postulat ist - und Sie erlauben mir bereits die seitens der Postulanten erbetene Wertung - unsinnig. Dies weil es im falschen Zeitpunkt gestellt wird. Im Zeitpunkt, in welchem die kantonale Neustrukturierung des Asyl- und Flüchtlingsbereich erst gerade begonnen hat. Weil Alterserscheinungen von Bauten kein genügender Grund sind, die Verwaltung mit umfangreichen und damit kostspieligen Variantenabklärungen zu belasten. Weil die Verwaltung im Rahmen ihrer ständigen Aufgabenlast den Zustand der gemeindeeigenen Liegenschaften – also auch der beiden Asylunterkünfte – laufend beurteilt und dem Gemeinderat rechtzeitig Antrag stellt, wenn sich ein Handlungsbedarf abzeichnet. Die Verwaltung hat mehr als genug zu tun und muss sich auf Dringenderes konzentrieren. Das Postulat ist deshalb aus unserer Sicht abzulehnen.

Lamya Hennache (SP): Die SP-Fraktion wird dieses Postulat selbstverständlich überweisen. Der Gemeinderat schreibt in der Antwort, dass die Bausubstanz der Asylunterkünfte am Ende der Lebenserwartung angekommen ist. Wir sind deshalb froh, dass die Gemeinde das im Auge hat und für den Unterhalt sorgt.

Wegen der Neustrukturierung des Asylwesens im Kanton Bern haben wir Verständnis, dass der Gemeinderat im Moment nicht in die Erneuerung der Asylunterkünfte Egghölzli und Moosstrasse investieren will. Auf der Internetseite der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern ist zu lesen, dass Mitte 2020 fünf Kooperationspartner zuständig sein werden. Für unsere Region hat die Stadt Bern – wie bereits von Martin Häusermann erwähnt wurde – den Zuschlag erhalten. Wir müssen deshalb abwarten, wie diese Kooperationspartnerin die Asylunterkünfte in unserer Region organisieren will. Daher können wir den Ausblick des Gemeinderates nachvollziehen. Konkrete Massnahmen und Finanzen sollen in der Investitionsplanung 2020 bis 2025 vorgesehen werden. Zum Schluss möchte ich noch auf ein potenzielles Risiko hinweisen. Sollte eine der Asylunterkünfte plötzlich so stark baufällig werden, dass sie abgerissen werden muss, dann braucht es für den Neubau eine Baubewilligung. Damit ist das Risiko verbunden, dass es Einsprachen gibt, die eine neue Unterkunft verhindern oder verzögern wollen.

#### Weitere Wortmeldungen:

Anne-Claude Slongo (forum): Ich kenne die Gemeinde noch nicht so gut. Es gibt sicher viele Liegenschaften, die Alterserscheinungen haben. Ich denke, dass Raphael Weibel die Unterkünfte an der Moosstrasse und im Egghölzli besuchen sollte. Sie haben sich auch für ein Hochhaus geäussert und Sie haben sich gefreut, dass es ein Stolz für Muri sein wird. Ich freue mich auch auf das. Aber ich denke, Muri sollte sich auch etwas schämen, dass wir Personen haben, welche in solchen Unterkünften leben müssen. Ich wohne seit ungefähr zehn Jahren in der Gemeinde. Seit zehn Jahren sind diese Unterkünfte immer voll. Es wird im Kanton resp. in der Schweiz immer wieder Umstrukturierungen geben; in dieser Zeit bleiben die Unterkünfte Energieschleudern.

Urs Grütter (SVP): Für mich ist das ein Misstrauensvotum an die Verwaltung / die Liegenschaftsverwaltung. Diese hätte das eigentlich nicht verdient. Wir haben diverse Liegenschaften im Verwaltungsvermögen, welche auch nicht mehr besonders gut in Stand sind. Bei diesen besteht jedoch auch kein dringender Sanierungsbedarf. Betreffend die verschiedentlich angesprochene Energieschleuderei: Der grosse Energieschock war in den 1970er Jahren. Diese Container sind nun ca. 10 – 15 Jahre alt. Damals schaute man bereits ganz anders auf die Energiesparsamkeit als in den 1960er Jahren als beispielsweise das Gemeindehaus gebaut wurde. Da könnte man sich auch fragen, ob dort nicht gewisse Alterserscheinungen vorhanden sind. Warum nun gerade die Asylunterkünfte? Warum mischt man sich bei der Verwaltung und dem kleinen Gemeinderat in den Kompetenzbereich ein. Die Antwort können Sie sich alle selber geben. Ich bin hier nicht dafür, dass wir uns beim kleinen Gemeinderat punktuell in seine Verwaltungsaufgaben einmischen.

Carole Klopstein (Grüne): Ich habe den Voten zugehört und möchte zwei Sachen sagen. Ich passiere zwischendurch diese Container. Es ist wirklich kein schöner Anblick. Ich bin mir sicher, dass sich dies auch auf das psychische Wohlbefinden der Bewohnenden auswirkt. Asylsuchende können sich ihren Wohnraum nicht aussuchen, sie werden zugeteilt. Dies im Gegensatz zu vielen anderen Menschen, welche die Möglichkeit haben, ihren Wohnraum zu ändern, wenn sie diesen nicht mögen. Diese Möglichkeit besteht bei Asylsuchenden nicht. Darum spreche ich mich für die Überweisung des Postulats aus.

Gabriele Siegenthaler Muinde (forum): Ich bin über gewisse Aussagen von heute Abend erstaunt. Für mich sind sie mit dem Gegenstand des Postulats nur schwer vereinbar. Zum Beispiel sagt die Gemeinde selber: "Die Gemeindeorgane sind sich des bautechnisch problematisch werdenden Zustandes bewusst. Die Bausubstanz hat ihre Lebenserwartung weitgehend erreicht." Diese Aussage macht nicht das Postulat, sondern die Gemeindeverwaltung. Dies beantwortet doch die Frage, warum es Sinn macht und dass es nicht eine Frage von Dringlichkeit ist. Es ist tatsächlich ablesbar, dass irgendwann demnächst etwas gehen muss. Es geht nicht um Dringlichkeit. Der Gemeinderat schreibt, dass er es für die Investitionsplanung 2020 – 2025 vorsieht. Ich finde es auch erstaunlich, dass seitens des Rates besser gewusst werden will, was die Gemeindeverwaltung mit diesem Postulat anfangen soll. Die Verwaltung wäre selber in der Lage in der Antwort festzuhalten, wenn sie der Meinung wäre, dass das Postulat quer in der Landschaft steht. Entsprechend ist für mich auch nicht nachvollziehbar, warum ein parlamentarischer Vorstoss ein Misstrauensvotum sein soll. Wenn dies so wäre, wäre dies bei jedem parlamentarischen Vorstoss bis zu einem gewissen Grad der Fall. Dies sind nun halt die Instrumente welche uns zur Verfügung stehen, wie wir gewisse Vorschläge einbringen können. Es handelt sich schlussendlich auch um ein Postulat und nicht um eine Motion. Also nichts verpflichtendes, sondern die Aufforderung etwas zu prüfen. Was daran ein Misstrauensvotum sein soll, kann ich nur beschränkt nachvollziehen. Ich empfinde dies als vernünftiger Vorschlag und der Gemeinderat kam zum Schluss, dass er diesen entgegennimmt und im Rahmen seiner Verwaltungstätigkeit prüfen wird. Aus unserer Sicht spricht überhaupt nichts dagegen, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Martin Häusermann ergänzt als Schlusswort des Gemeinderats: Ich kann Ihnen versichern, der Gemeinderat empfiehlt Ihnen die Überweisung des Postulats im vollen Bewusstsein der heute dargelegten Rahmenbedingungen. Letztendlich handelt es sich um einen Prüfungsauftrag. Dieser wird gewisse Ressourcen beanspruchen, welche jedoch nicht übermässig sein werden. Es besteht effektiv ein Handlungsbedarf bei diesen Unterkünften. Wer es nicht glaub, ich lade Sie gerne für eine Besichtigung vor Ort ein.

Seitens des forums wird kein Schlusswort gewünscht.

Beschluss (18 Ja / 17 Nein)

Überweisung des Postulats forum betr. Aufwertung der Asylunterkünfte Egghölzli / Moosstrasse.

**9. Postulat FDP-Fraktion Muri-Gümligen**  
**Erarbeitung eines Systems zum quantitativen Vergleich von Leistungen der**  
**Gemeinde Muri bei Bern mit denen anderer Gemeinden der Agglomeration Bern**  
**(Benchmarking)**

Thomas Hanke verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf eine Wortmeldung.

Beat Schmitter verzichtet als Erstunterzeichnender auf eine Wortmeldung.

Fraktionserklärungen:

Daniel Arn (FDP): Ein Benchmark ist für mich im Business etwas Alltägliches, weil man wissen will, wo man steht. Es können - trotz HRM2 - nicht alle Gemeinden im Kanton Bern miteinander verglichen werden. Es ist wertvoll, wenn man sich mit ausgewählten Gemeinden mit ähnlicher Struktur resp. Grössenordnung vergleichen kann. Dies hilft uns, uns selber zu überprüfen und zu sehen, ob wir auf dem richtigen Weg sind, die richtigen Entscheidungen getroffen haben oder wo wir uns vielleicht auch verändern können. Ich sehe dies als Chance an. Eine Chance, welche gepackt werden sollte ohne grosse Geschichte. Es hilft uns auch bei der Verwaltung – irgendwo wo es vielleicht nicht funktioniert – den Finger darauf zu halten. Daher stimmen wir einstimmig der Durchführung des Benchmarkings zu.

Eva Schmid (SP): Die SP-Fraktion sieht in einem quantitativen Vergleich von Leistungen unserer Gemeinde mit jener von anderen Agglo-Gemeinden eine gute Basis.

Ziel des Postulats ist es, für unsere Gemeinde mit dem vorgeschlagenen Benchmarking zu erreichen, dass einerseits von Erfahrungen von Nachbargemeinden profitiert werden kann und andererseits eigene Erfahrungen an diese weitergegeben werden können. Ein Erfa-Austausch unter den Gemeinden.

Die Zahlen haben wir gesehen. Diese werden jährlich erfasst und über die Homepage der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion (JGK) publiziert. Anscheinend sind diese nicht immer ganz aktuell.

Auch sollen laut der Postulantin weichere Kriterien einbezogen werden, gemäss der entsprechenden "Kennzahlen-Liste für kleine Kommunen" des Amts für Gemeinden und Raumordnung (AGR). Zu den sogenannten weichen Faktoren gehören dementsprechend:

- Kundenzufriedenheit
- Mitarbeitendenzufriedenheit
- Wirtschaftlichkeit
- Grün-, Wald- und Erholungsfläche je Einwohner
- Anteil Sportfläche je Einwohner

Damit sind nur ein paar Beispiele genannt. So weit, so gut. Als Präsidentin der Regionalkommission möchte ich noch in Erinnerung rufen, dass wir bereits eine Art Erfa-Austausch mit anderen Gemeinden haben. Dieser basiert eher auf qualitativen weichen Faktoren und nicht auf nackten Zahlen. Natürlich ist es wichtig, dass man diese hat. Das Parlament hat seinerzeit die Resonanzgruppe Kernregion Bern mit ins Leben gerufen. Die Resonanzgruppe läuft. Beat Schmitter kann dies bestätigen. So hat die Resonanzgruppe Kernregion Bern kürzlich ein Projekt unter dem Titel "Regionale Ideen- und Ressourcenplattform" lanciert. Genau dort pflegen wir den postulierten Erfahrungsaustausch, vor allem aufgrund qualitativer Aspekte. Denn nebst den nackten Zahlen sind es ja vor allem Dienstleistungsangebote, die bei uns z. B. von Vereinen wie "Zäme aktiv", "Zyt ha für anderi" usw. angeboten werden. Ich finde auch diese weichen Faktoren sehr wichtig und diese sollten auch berücksichtigt werden. Wir haben gelesen, dass der Gemeindepräsident aktuell bereits in einer Arbeitsgruppe verschiedener Gemeindepräsidenten der Region zur Erhebung eines Benchmarks mitarbeitet. In welcher Form konkret haben wir nicht gehört. Wir denken daher, dass dies am Laufen ist. Wir fragen uns jetzt, ob nochmals ein Prüfungsauftrag erteilt werden muss, für etwas was bereits läuft. Wir denken nein.

Die SP-Fraktion stellt deshalb den Antrag auf Annahme und anschliessende Abschreibung des Postulats da es bereits erfüllt ist.

Der Vorsitzende: Ich schlage vor, dass wir über den Antrag der SP-Fraktion betr. Abschreibung des Postulats nach der Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats abstimmen werden.

Es werden keine Einwände gegen dieses Vorgehen erhoben.

Weitere Wortmeldungen:

Andrea Corti (FDP): Mit den Ausführungen von Eva Schmid, das Postulat nach der Überweisung gleich abzuschreiben, habe ich etwas Mühe. Das Postulat ist ja dann mit der Überweisung nicht erledigt. Der Antrag lautet, dass der Gemeinderat eingeladen wird, ein Benchmarking-System für die Gemeinde zu entwickeln. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort geschrieben, dass bereits gewisse Arbeiten in diesem Bereich am Laufen seien. Das System jedoch ist noch nicht entwickelt. Daher können wir meiner Meinung nach das Postulat nicht bereits als erledigt abschreiben.

Patricia Messerli (forum): Die FDP war vorhin etwas spitzfindig. Daher frage ich mich jetzt: das Postulat ist ein Prüfauftrag. Wenn Sie mit einem Postulat verlangen, dass ein System entwickelt werden soll, ob dies nicht in Form einer Motion hätte eingereicht werden müssen. Beim Postulat empfinde ich die Erläuterungen von Eva Schmid als korrekt. Es ist ein Prüfauftrag an den Gemeinderat. Dieser ist wahrscheinlich mit der Einsitznahme in der Arbeitsgruppe durch den Gemeindepräsidenten erfüllt.

Thomas Hanke: Ich habe eine Bemerkung zu einer allfälligen Abschreibung. Ich verweise auf die Art. 30 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats: "Überwiesene Postulate gehen zum Bericht an den Gemeinderat, der dem Grossen Gemeinderat innert einem Jahr über die Resultate der Prüfung schriftlich Bericht erstattet und allenfalls Antrag auf Abschreibung stellt." Somit stellt der Gemeinderat und nicht der Grosse Gemeinderat einen Antrag auf Abschreibung. Wir versuchen, mit Nachbargemeinden ein System zu erarbeiten, wir arbeiten daran. Wenn Sie jetzt abschreiben, arbeite ich halt für die Gemeinde weiter daran, jedoch nicht mehr in Ihrem Auftrag. Ich empfehle daher, das Geschäft zu überweisen und dann zu schauen, wie weit wir im Benchmark kommen. Es wäre interessant und mit Druck des Grossen Gemeinderats erhält das Geschäft noch etwas mehr Schub. Nach mir kann der Grosse Gemeinderat nicht abschreiben.

Eva Schmid (SP): Ich muss jetzt eine Frage stellen. Thomas Hanke, Sie arbeiten jetzt in dieser Arbeitsgruppe. Der Auftrag muss der Grosse Gemeinderat Ihnen ja nicht noch einmal erteilen. Sie arbeiten daran – egal ob das Postulat eingereicht worden wäre oder nicht resp. überwiesen wird. Nach meinem technischen Verständnis einer Abschreibung nimmt dies selbstverständlich der Gemeinderat vor. Da es sich um einen Auftrag handelt welcher ja eigentlich bereits am Laufen ist, wird dieser wie obsolet. Evtl. müssen sich noch weitere Personen dazu äussern.

Thomas Hanke: Für mich ist dies eine Alterserscheinung, wenn man zu lange in der Politik ist. Man beginnt den parlamentarischen Vorstoss genau zu lesen. Beim Vorstoss steht: "Der Gemeinderat wird eingeladen ein System zu entwickeln..." Ich probiere jetzt zusammen mit Gemeindepräsidenten anzudiskutieren, ob ein solches System überhaupt entwickelt werden kann. Wir nehmen dies gerne als Prüfauftrag entgegen und würden Ihnen gerne Bericht erstatten. Bei einer Abschreibung heute Abend, muss ich nichts mehr machen.

Eva Schmid (SP): Möchten Sie damit sagen, dass es im Falle einer Abschreibung keinen Grund mehr geben wird, dem Grossen Gemeinderat eine Berichterstattung vorzulegen?

Thomas Hanke: Ja, es ist dann kein parlamentarischer Auftrag mehr vorhanden.

*Es wird eine fünfminütige Pause eingelegt.*

Der Vorsitzende: Wir fahren weiter und ich frage zuerst die SP-Fraktion ob sie am Antrag betr. Abschreibung festhält oder nicht.

Eva Schmid (SP): Wir halten nicht am Antrag fest. Ich möchte festhalten, dass es ein Formfehler der Postulanten war. Der Vorstoss hätte als Motion eingereicht werden müssen. Bereits im Titel ist erwähnt, dass es um die Erarbeitung eines Systems geht. Es heisst nicht: "... zu prüfen um ein mögliches System zu entwickeln." Es bringt jedoch nichts, wenn wir hier jetzt auch spitzfindig werden. In diesem Sinn ziehen wir den Antrag auf Abschreibung zurück. Wir gehen jedoch selbstverständlich davon aus, dass bei allfälligen Formfehlern bei Vorstössen unsererseits auch Kulanz ausgeübt würde. Mich wurmt trotzdem noch etwas, Thomas Hanke, ich gehe davon aus, dass Sie in dieser Arbeitsgruppe völlig unabhängig des eingereichten Postulats arbeiten. Es ist jedoch in Ordnung, wenn wir in Form eines Berichts über den Fortschritt erfahren.

Raphael Racine (SP): Ich finde es erstaunlich und lustig, dass auf der einen Seite die FDP-Fraktion sagt, dass Raumpatenschaften unglaublich viele Ressourcen bilden und dann wollen Sie gleichzeitig, dass ein Benchmarking entwickelt wird, welches wohl viel mehr Ressourcen bildet. Da kann ich nur sagen: "ha ha ha".

Wir haben die HRM 2 Daten, harte Faktoren. Dann frage ich mich doch, was für ein Mehrgewinn schlussendlich mit den weichen Faktoren erwartet werden kann. Ich bin auch auf die Kosten gespannt, welche ausgelöst werden.

Daniel Arn (FDP): Wir wollen es ja nicht länger machen. Das "ha ha ha", wenn wir den Stil behalten möchten, müssen wir solche Äusserungen vielleicht etwas anders handhaben. Schlussendlich geht es darum, dass wir uns vergleichen können. Es könnte sogar so rauskommen, dass wir im Vergleich mit anderen Gemeinden viel schlechter sind. Genau das ist der Benchmark, welcher uns zeigen soll, wo wir uns verbessern können. Wir wollen schauen, wo wir als Gemeinde besser dastehen können.

Raphael Racine (SP): Für das "ha ha ha" möchte ich mich entschuldigen. Das war vielleicht nicht stilvoll. Es war nicht stimmig, so wie generell die Argumentationen der FDP-Fraktion heute Abend. Das "ha ha ha" nehme ich zurück.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Thomas Hanke wünscht seitens des Gemeinderats kein Schlusswort.

Beat Schmitter wünscht als Erstunterzeichnender kein Schlusswort.

Beschluss (29 Ja / 4 Nein / 2 Enthaltungen)

Überweisung des Postulats der FDP-Fraktion; Erarbeitung eines Systems zum quantitativen Vergleich von Leistungen der Gemeinde Muri bei Bern mit denen anderer Gemeinden der Agglomeration Bern (Benchmarking).

## 10. Informationen des Gemeinderats / der parl. Kommissionen

Martin Häusermann: Ich habe zwei Informationen zu machen. Die erste Information bezieht sich auf den Fahr- und Mahlzeitendienst.

Der Verein Zusammenaktiv - welcher die Leistung heute erbringt - hat sich entschieden, die Leistungsvereinbarung betreffend den Fahr- und Mahlzeitendienst infolge Pensionierung der Stelleninhaberin nicht mehr zu verlängern. D.h. die Vereinbarung wird Ende Jahr auslaufen. Für die Zeit ab 2020 konnte nun mit dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) eine Vereinbarung für den Fahrdienst abgeschlossen werden. Das SRK ist bereits in umliegenden Gemeinden aktiv und verfügt über einen Leistungsauftrag vom Bund. Deshalb können die Kosten für die Gemeinde deutlich gesenkt werden und dies bei praktisch gleichbleibenden Bedingungen gegenüber den Kundinnen und Kunden sowie den Fahrerinnen und Fahrern. Betreffend Mahlzeitendienst ist eine Nachfolgelösung in Erarbeitung.

Anschliessend habe ich noch eine Information betreffend Betreuungsgutscheinen Kindertagesstätte (Kita) und Tagesfamilienorganisation (TFO).

Der Regierungsrat hat Mitte Februar beschlossen, die revidierte "Verordnung über die Angebote zur sozialen Integration" per 1. April - mit einer Übergangsfrist bis 1. Januar 2021 - in Kraft zu setzen. Dieser Beschluss ermöglicht die Einführung von Betreuungsgutscheinen für die Kinderbetreuung in Kitas und Tagesfamilien. Damit verfolgt der Kanton die Absicht, mehr Wettbewerb und Gleichberechtigung unter den Kitas zu schaffen indem ein Systemwechsel von der Objektfinanzierung – heute die Kitas – zu einer Subjektfinanzierung – zukünftig die Eltern - erfolgt. Nach der Umstellung können die Betreuungsgutscheine bei allen teilnehmenden Kitas / TFO im ganzen Kanton eingelöst werden. Basierend auf dieser Ausgangslage hat der Gemeinderat beschlossen, die einkommensabhängigen Betreuungsgutscheine per 1. August 2020 einzuführen. Wie der Gestaltungsfreiraum für die Gemeinde genutzt wird, wird in den nun ausgelösten Arbeiten geklärt und in einem Reglement festgehalten.

Gleichzeitig bedeutet dies auch aufwändige Veränderungen für die gemeindeeigene Kita, welche letztlich zu einer Revision des heutigen Kita-Reglements führen werden. Der Gemeinderat beabsichtigt, beide Reglemente gegen Ende Jahr dem Grossen Gemeinderat zu unterbreiten.

Barbara Künzi: Wie Sie alle miterlebt haben, sind wir bei der Neugestaltung des Eingangs der Schulanlage Moos auf Tankräume gestossen, bei welchen wir festgestellt haben, dass diese sanierungsbedürftig sind. Inzwischen konnten alle Abklärungen getroffen werden, die Arbeiten werden im Juni / Juli / August in Angriff genommen. Dann werden auch die letzten Arbeiten im Zugangsbereich stattfinden. Der Gemeinderat hat am 13. Mai 2019 den entsprechenden Kredit gesprochen. Nach den Sommerferien sollten die provisorischen Abschränkungen weg sein.

Thomas Hanke: Ich habe drei Anliegen.

Betreffend dem Verkauf der Schrebergartenparzelle an der Hiltystrasse haben Sie eine Einladung zur Informationsveranstaltung vom 4. Juni 2019 erhalten. Ich lege es Ihnen ans Herz, Delegationen aus den Fraktionen zu schicken. Die Nachbarn sind ebenfalls eingeladen. Es ist uns bekannt, dass die Nachbarn eine Gegenveranstaltungen durchführen – soweit ich weiss, findet diese am 12. Juni 2019 statt. Das Schreiben der Nachbarn – welches Sie erhalten werden – ist nicht in allen Punkten korrekt. Daher werden wir die zu diesem Geschäft gehörende Botschaft bereits morgen via PDF an Sie versenden.

Weiter habe ich Ihnen heute die Einladung zum Kornhausforum von Plattform Region Bern für den 3. Juni 2019 geschickt.

Letztlich kam soeben noch die Einladung zur Startveranstaltung betreffend dem Partizipationsprozess Bypass Bern Ost vom 20. August 2019, 17.30 – 20.30 Uhr rein. Sie werden die Einladung noch erhalten. Jede Fraktion wird eine Delegation schicken können. Dieser Termin kollidiert leider mit unserer GGR-Sitzung im August. Wir sollten jedoch zwingend mit unseren Fraktionen vertreten sein. Sonst sind die Kräfteverhältnisse zwischen der Stadt Bern und Muri im Hinblick auf unsere Anliegen ungleich verteilt. Wir müssen uns zur Parlamentssitzung im August auf Grund der Terminkollision noch Gedanken machen.

## 11. Neue parlamentarische Vorstösse

### Motion forum:

#### «Gring abe und seckle» - Gratis-Start für Kinder am Murilauf

Der Gemeinderat wird aufgefordert, allen in Muri-Gümligen schulpflichtigen Kindern der Unterstufe (Kindergartenkinder sowie Unterstufenschülerinnen und -schüler bis zur vierten Klasse) eine kostenlose Teilnahme am Murilauf zu ermöglichen.

#### Begründung

Die Gemeinde Muri b. Bern finanziert heute bereits vielen schulpflichtigen Kindern die Teilnahme am Murilauf. Voraussetzung ist allerdings, dass die Klassenlehrperson beim Projekt „Murilauf moves“ mitmacht.

«Murilauf moves» ist ein Vorbereitungsprogramm für Schülerinnen und Schüler. In acht Unterrichtseinheiten lernen die Kinder, wie wichtig ausreichende Bewegung und ausgewogene, gesunde Ernährung sind. Damit das nicht nur Theorie bleibt, bereiten sich die Kinder mit aktivem Training auf eine (freiwillige) Teilnahme am Murilauf vor. Die Lehrpersonen werden jährlich vom Organisator des Murilaufs angeschrieben und über das Projekt informiert. Wenn sie mitmachen wollen, können sie sich elektronisch anmelden und die teilnehmenden Kinder dürfen dann gratis am Murilauf starten.

Die finanzielle Situation der Gemeinde lässt es zu, dass sie das Startgeld für alle interessierten Unterstufenkinder übernimmt. So lassen sich Ungleichbehandlungen von Kindern aus verschiedenen Klassen vermeiden und die unentgeltliche Teilnahme am Lauf hängt nicht vom freiwilligen Engagement der Klassenlehrperson ab.

Muri, den 20.5.2019

P. Messerli

P. Rösli, B. Häuselmann, A.-C. Slongo-Millioud, G. Siegenthaler Muinde, C. Klopstein, J. Brunner, K. Jordi, H. Beck, I. Schnyder, L. Hennache, E. Schmid, W. Thut, G. Brenni, L. Lehni, R. Racine, R. Mäder, A. Kohler (18)

### **Motion FDP. Die Liberalen betreffend eine massvolle Steuersenkung**

Der Gemeinderat wird beauftragt auf den nächstmöglichen Termin eine Steuersenkung vorzunehmen.

#### **Begründung**

Das Ergebnis der Jahresrechnung 2018, das mit einer Besserstellung von CHF 11,461 Mio. über dem geplanten Budget abschliesst, lässt es auch unter Berücksichtigung des in den nächsten Jahren anstehenden Investitionsvolumens in die gemeindeeigenen Liegenschaften zu, die Steuern massvoll zu senken.

Die FDP setzt sich für eine dynamische Finanzpolitik ein, die der Wirtschaftlichkeit, der Sparsamkeit und der Nachhaltigkeit eine hohe Beachtung schenkt. Die FDP strebt grundsätzlich einen tiefen, flexiblen Steuersatz an und legt grossen Wert darauf, dass mit den Steuergeldern unserer Bürger haushälterisch umgegangen wird. Steuern auf Vorrat wecken zusätzliche Begehrlichkeiten und müssen darum vermieden werden.

Muri, den 21. Mai 2019

M. Gubler, E. Zloczower

R. Weibel, L. Held, B. Legler, A. Bärtschi, D. Arn, A. Corti, R. Lauper, J. Herren, Ch. Grubwinkler, D. Bärtschi, A. von Gunten, B. Schmitter, R. Buff, R. Mäder, J. Aebersold, Ch. Spycher, U. Grütter (19)

### **Postulat forum betr. (noch) mehr Nachhaltigkeit in Alters- und Pflegeinstitutionen**

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie er sich im Rahmen seiner Möglichkeiten als Verwaltungsratsmitglied Alenia und Gesprächspartner anderer Alters- und Pflegeinstitutionen in der Gemeinde für (noch) mehr Nachhaltigkeit in solchen Institutionen einsetzen kann, insbesondere etwa durch die Erlangung eines spezifischen Nachhaltigkeitszertifikats für Alters- und Pflegeinstitutionen.

Unsere Eltern, wir selber ... was brauchen wir, damit wir ein glückliches Alter erleben? Und was heisst das konkret für die Gestaltung von Alters- und Pflegeheimen?

Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen ist das Gebot der Stunde, damit auch die nächsten Generationen auf unserer Erde leben können. Neben den offensichtlichen ökologischen Vorteilen, hat Nachhaltigkeit auch viel mit individueller Zufriedenheit und Sinn im Alltag zu tun und somit mit Glück.

Sich als Teil von etwas Grösserem zu fühlen und einen sinnvollen Beitrag leisten zu können, das sind gemäss Glücksforschung wichtige Faktoren für unser Wohlbefinden. Für ältere Personen in Institutionen heisst das, dass sie sich als sinnvollen Teil der Gesellschaft mit einer Aufgabe fühlen sollten und dass ihre Lebensumstände so gestaltet werden, dass sie weiterhin einen Beitrag und eine Mitverantwortung für das Wohlergehen der Gesellschaft haben. Das gelingt gerade auch dadurch, dass ihre Institution und – im Rahmen von Dienstleistungen und Aktivierung - sie selber Verantwortung für die Zukunft unseres Lebensraums übernehmen.

Interessant: Die älteren MitbürgerInnen erinnern sich oft noch an zahlreiche, nachhaltigere Praktiken aus ihrer Kindheit - an diese gilt es z.T. wieder anzuknüpfen. Zugunsten der Umwelt, aber eben vor allem auch für mehr individuelle Zufriedenheit und Sinn im Alltag.



Unsere Gemeinde ist geprägt durch eine überdurchschnittlich alte Bevölkerungsstruktur sowie eine Vielzahl entsprechender Einrichtungen und Dienstleistungen. Dazu zählen auch diverse Alters- und Pflegeinstitutionen: Das Alterszentrum Alenia mit seinen 3 Standorten ist ein Unternehmen der Gemeinde, daneben gibt es private Institutionen wie etwa die Seniorenresidenz Multengut sowie die Alters- und Pflegeheime Buchegg und Siloah.

Dass Nachhaltigkeit in einer mittel- bis längerfristigen Perspektive auch wirtschaftlich Sinn macht, erkennt zunehmend auch der Privatsektor. Entsprechend gibt es eine Anzahl von Zertifizierungen, die Unternehmen für einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen erlangen können (Eco Management and Audit Scheme EMAS, ISO-Norm 14001, EcoEntreprise etc.).

Im Kanton Fribourg wurde ein Nachhaltigkeitslabel speziell für Alters- und Pflegeheime entwickelt (ESR), auf der Basis von EcoEntreprise (<https://ecoentreprise.ch>). Die Zertifizierung bietet einen Referenzrahmen und gute Praktiken, um nachhaltige Ansätze und gesellschaftliche Verantwortung in Pflege- und Altersinstitutionen zu entwickeln. Sie beinhaltet 4 Dimensionen: Umwelt, Sozial, Wirtschaft, Gesellschaft.

Folgende Bereiche werden in 30 Kapiteln mittels 240 Fragen (bzw. 317 Fragen in 37 Kapiteln für grössere Institutionen) untersucht:

- Führung (Plan, Check, Act)
- Begünstigte und Pflege (speziell zugeschnitten auf Pflegeinstitutionen)
- Interne Prozesse (wie sie Pflegeinstitutionen eigen sind)
- Gesellschaft
- Umwelt (modularer Ansatz je nach Komplexität der Institution)
- Sozial (Gesundheit-Sicherheit)
- Wirtschaftlichkeit

Mehr Infos → <http://association-esr.ch>

Unsere Gemeinde, die selbst Unternehmerin ist mit dem Alterszentrum Alenia und ausserdem Standort von weiteren Alters- und Pflegeinstitutionen, ist aufgefordert, mit gutem Beispiel in Bezug auf Nachhaltigkeit voranzugehen. Entsprechend bitten wir den Gemeinderat um Abklärungen, wie (noch) mehr Nachhaltigkeit in Alters- und Pflegeinstitutionen in der Gemeinde Realität werden kann - zugunsten der Umwelt, aber ebenso für ein glückliches Alter.

Muri-Gümligen, 21. Mai 2019

G. Siegenthaler Muinde

P. Messerli, A.-C. Slongo Millioud, H. Beck, W. Thut, P. Rösli, B. Häuselmann, K. Jordi, E. Schmid, G. Brenni, L. Lehni, C. Klopstein, B. Schneider, L. Hennache, I. Schnyder, J. Brunner, A. Kohler (17)

## Interpellation: Förderung der Biodiversität in der Gemeinde

### Frage 1:

Was kann die Gemeinde zusätzlich unternehmen zur Förderung der Biodiversität auf dem Gemeindegebiet, im Rahmen bestehender Möglichkeiten der Verwaltung und im Rahmen des bestehenden Budgets?

### Begründung:

Der Bericht im SRF "Das Schweigen der Vögel" macht betroffen (siehe Link unten). Die Artenvielfalt hat auch in unserer Gemeinde dramatisch abgenommen, mit alarmierenden Konsequenzen wie Bodenunfruchtbarkeit, fehlende Bestäubung, Versorgungssicherheit, etc. Das BAFU führt sogenannte "rote Listen" für bedrohte Arten. Von den bewerteten 10'702 Arten **gelten 35% als gefährdet**. Zitat vom Bundesamt für Umwelt:

"Die Resultate zeigen, dass die bisherigen Bemühungen nicht ausreichen, um die Artenvielfalt in der Schweiz langfristig zu erhalten. **Ein Aussterben auf lokalem, regionalem und nationalem Niveau findet statt.**"<sup>1</sup>

Wir fragen uns, was **wir alle** in unseren Gärten, auf öffentlichen Parzellen und im Landwirtschaftsgebiet, beitragen können, um die Biodiversität wieder zu steigern. Und wir fragen uns, welche Vorkehrungen in unserer Gemeinde getroffen werden können, um die Bürgerinnen und Bürger in ihren Bemühungen zu unterstützen, damit sie effektiv werden, va. in Gärten, Landwirtschaftsland, öffentlichen Parzellen und Strassenraum. Mit gutem Beispiel ist im Juni 2019 der Lions Club vorangegangen und hat Blumenwiesen mit der Bevölkerung gesetzt.

Das Schweigen der Vögel, SRF 20. März 2019, 20:50 Uhr:

<https://www.srf.ch/play/tv/dok/video/das-schweigen-der-voegel?id=8145ac2d-095b-4677-a626-442c2424a9aa>

### Frage 2:

Was kann die Gemeinde bei Planungsvorhaben vorkehren, um die nachhaltige Zukunft der Landwirtschaftsbetriebe in der Gemeinde zu sichern? Welche Unterstützungsmechanismen könnten die Landwirtschaft wirtschaftlich stärken, gleichzeitig die Biodiversität sichern, und das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner für die Landwirtschaft vor ihrer Haustüre fördern?

### Begründung:

Landwirtschaftsbetriebe in Siedlungsnähe haben spezielle Herausforderungen, die von der gegenwärtigen Landwirtschaftspolitik ungenügend berücksichtigt werden. Die konventionelle Landwirtschaft führt zu einer zunehmenden Abtrennung der Betriebe von der umliegenden Bevölkerung, sowohl in den persönlichen Beziehungen, wie auch in der Vermarktung und den Warenflüssen usw. Hinzu kommt die zunehmende Verunsicherung der Bevölkerung mit der Technologisierung der Landwirtschaft vor ihrer Haustüre.

Als Kontrast dazu wachsen Gegenbewegungen ("urban gardening", "Permakultur", "solidarische Landwirtschaft"). Einige mit Erfolg, wie das Beispiel von Radiesli in Worb zeigt (<https://www.radiesli.org/>): Es entstehen neue Beziehungen und Betriebs- und Vermarktungsmodelle, welche sich als Alternativen mit positiver Wirkung auf Nachhaltigkeit und Biodiversität zeigen. Vor allem ermöglichen sie aber aufgrund neu geschaffener lokaler Vermarktungs- und Finanzierungskonzepte ein wirtschaftliches Überleben der Betriebe.

---

<sup>1</sup> Quelle: bafu.admin.ch

Der Umstieg auf solche Modelle braucht Zeit zum Ausprobieren und Unterstützung in den oft Jahre dauernden Übergängen (als erster Schritt z.B. Umstieg auf Bio). Solche Unterstützung müsste im öffentlichen Interesse der Gemeinde erkundet, vorbereitet und langfristig geplant werden.

Muri bei Bern, 21. Mai 2019

G. Brenni

L. Lehni, C. Klopstein, L. Hennache, B. Schneider, I. Schnyder, G. Siegenthaler-Muinde, A.C. Slongo-Milloud, D. Arn, A. Kohler, P. Messerli, H. Beck, W. Thut, B. Häuselmann, K. Jordi, P. Rösli, R. Lauper (17)

### **Einfache Anfrage Brenn (Grüne): Funkantennen 5G**

Der Gemeinderat wird gebeten, die folgenden Fragen in Bezug auf die neue, vieldiskutierte Mobilfunktechnologie 5G zu beantworten:

1. a) Sind der Gemeinde Anfragen der Schweizer Mobilfunkanbieter bekannt, bestehende Antennen ohne ordentliches Bauverfahren von 4G auf 5G aufzurüsten?  
b) falls ja, wo stehen diese Antennen bereits und wo sind auf dem Gemeindegebiet neue geplant?
2. Inwiefern kann ausgeschlossen werden, dass durch die 5G-Technologie Menschen, Tiere und die Natur leiden oder beeinträchtigt werden? Welche unabhängig finanzierten Studien mit nachvollziehbaren Messmethoden können hierzu angeführt werden?
3. Wieviel kostet die Gemeinde ein solcher Ausbau des 5G Netzes?

#### **Gründe:**

Als digital Fundraiser bin ich dezidiert Befürworter und Nutzer von Internet-Technologie. Der Wechsel von 4G auf 5G stellt aber nicht bloss ein kleiner Schritt dar: Die Frequenzbereiche, in denen 5G arbeitet sind erstmals im Millimeterbereich (Mikrowellen) und hochenergetisch. Bereits unter 3G und 4G sind Fälle dokumentiert, die über Übelkeit, Schwindel, Schlafstörungen und ähnliche Symptome klagen\*. Diverse Gemeinden und Kantone haben den Ausbau von 5G gestoppt, im Parlament sind einige Vorstösse dazu hängig. Ein Antennenausbau muss also zwingend mit einem ordentlichen Bauverfahren einhergehen, es handelt sich nicht um eine simple Aufrüstung.

Es kann nicht sein, dass wir auf unserem Gemeindegebiet einen Feldversuch erlauben, ohne uns der konkreten gesundheitlichen Risiken bewusst zu sein, denen wir die Bevölkerung aussetzen.

\* Quelle: Institut für biologische Elektrotechnik Schweiz

Muri bei Bern, 21. Mai 2019

G. Brenni

L. Lehni, C. Klopstein, W. Thut, K. Jordi, B. Häuselmann, P. Rösli, R. Lauper (8)

## **Mitteilungen**

Der Vorsitzende: Das heutige Apéro wurde von der FDP-Fraktion bereit gestellt.

\*\*\*\*\*

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Andreas Kohler

Corina Bühler